

9. September 2001

Was will die Antirassismus-Konferenz?

Wie das lehrreiche Beispiel von Entschädigungszahlungen an deutsche Zwangsarbeiter beweist, lassen sich auf dem Umweg über die Menschenrechte lange Zeit nach Kriegsende noch ansehnliche Summen Geldes verdienen, auf welches die Betroffenen doch viel früher schon Anspruch gehabt hätten. Im eben angeführten Beispiel leben wenigstens, wenngleich hochbetagt, die zu Entschädigenden noch, wobei sich aber immer deutlicher abzeichnet, daß die einmal eingeschlagene Richtung, ehe sie vollends zur gängigen Praxis wird, sich vielleicht auch auf nicht mehr unter den Lebenden Weilende ausdehnen läßt. Wie anders ist es sonst zu erklären, daß, obwohl mit Sicherheit niemand mehr von denen unter uns weilt, die persönlich leidvolle Erfahrungen mit Sklaverei und Kolonialismus machen mußten, erneut Entschädigungsforderungen für noch weiteres erlittenes Unrecht erhoben werden. Da sitzen nun auf einer von langer Hand vorbereiteten Antirassismus-Konferenz Vertreter von schwarzafrikanischen und arabischen Staaten im Beisein ehemaliger Kolonialländer beisammen, zu denen auch die Bundesrepublik Deutschland gehört, und ringen diesen eine Erklärung ab, wonach letztere sich zu ihrer unmenschlichen Handlungsweise bekennen und sich für die Jahrhunderte währende Ausbeutung und zugefügtes Unrecht entschuldigen müssen. Und damit es nicht nur bei Lippenbekenntnissen bleibt, werden sogleich, und das ist das Wichtigste an der ganzen Sache, umfangreiche Finanzleistungen und Schuldenerlasse zugesagt. Abgesehen davon, daß Israel sich geschickt aus der Affäre gezogen hat und die ganze Konferenz daran beinahe gescheitert wäre, wenn es unter die verantwortlichen oder praktizierenden Länder mit aufgenommen worden wäre, ist die Ernsthaftigkeit des Anliegens ohnehin nur darin erkennbar, daß hier ein Mittel mit dem Zweck, die wirtschaftlichen Probleme der Entwicklungsländer auf eine uns etwas unfair erscheinende Weise zu lösen, gefunden wurde. So wird aus einem ursprünglich ehrbaren Anliegen, nämlich dem der Ethik, eine auf Mafiamethoden, namentlich auf Erpressung, basierende Strategie entwickelt, um an die notwendigen Gelder zu gelangen. Das Anliegen mit Israel sollen die unter sich ausmachen, die den Zionismus als menschenverachtend anprangern, mir jedoch geht es hier in erster Linie darum, welche Verantwortung die europäischen Nationen, als gemeinsames Haus, sich durch die Unterzeichnung der Abschlusserklärung aufgebürdet haben. Aber auch hier ist es eines Denkanstoßes wert, darüber nachzusinnen, welche Zahlungen auf Deutschland, als dem zahlungskräftigsten Mitglied der Gemeinschaft, dem man seine Kolonien schon sehr frühzeitig weggenommen hat, zukommen werden. Es muß jedermann klar sein, daß die Probleme des Rassismus nicht dadurch zu lösen und zu entschuldigen sind, daß man großzügige Abfindungszahlungen leistet. Und bis in welche dunkle Vergangenheit hinein sollen denn die Vorwürfe je ein Ende nehmen? Die Initiatoren der Veranstaltung sind an sich schon ein merkwürdiges Sammelsurium von Benachteiligten, die alles anerkennen wollen, nur nicht die Objektivität der historischen Vorgänge. Es mögen durchaus portugiesische und spanische Seeleute gewesen sein, die massenhaft benötigte Arbeitskräfte in die Neue Welt deportiert haben, so waren es ebenso unstrittig die Araber selbst, die die Sklavenmärkte mit menschlicher Ware anhäuften, wo sie, etwas überspitzt ausgedrückt, auf den Sklavenmärkten von Timbuktu Einnahmen erzielten, die den heutigen Erträgen aus den Erdölreserven dieser Welt entsprechen. Ihre eigene Geldgier war es, immer neue Negersklaven aus den Randgebieten Afrikas herbeizuführen. Niemals sind Weiße ausgezogen und haben persönlich Jagd auf Schwarze gemacht, jedenfalls nicht in der Absicht, sie zu verkaufen. Daher kann man billigerweise den Kolonialstaaten nur den Vorwurf der Anstiftung zum Menschenhandel machen, aber die reichen arabischen Menschenhändler damit nicht von dem Vorwurf

freisprechen, sich zu Handlangern der Imperialisten gemacht zu haben. Nun sitzen aber erklärterweise gerade die Schwarzen, die ehemaligen Sklaven, und deren einstige Unterjocher, die Araber, am runden Tisch beisammen und hecken gemeinsam Rachepläne gegen ihre lachenden Dritten aus, denen es kraft ihrer, wenngleich rückläufigen, wirtschaftlichen Stärke nicht daran gebrechen wird, zusätzlich zu den zahllosen, korrupter Verschwendung zum Opfer gefallenen, bereits in Unsummen gezahlten Entwicklungsgeldern weitere Mittel flüssig zu machen, um den Burgfrieden mit den menschenmäßig stärker werdenden Entwicklungsländern zu wahren. Gerade Angehörige der beiden Ansprüche stellenden Lager tummeln sich, wo sie alle Vorteile einer zivilisierten Gesellschaft genießen, zuhauf in den Industrieländern, um ihrer Undankbarkeit noch ein Tüpfelchen draufzusetzen, indem sie, nach der bekannten menschlichen Regung, mit nichts zufrieden zu sein, sich allen Wiedergutmachungsversuchen zum Trotz auch noch als unverschämt erweisen. Die Beurteilung der Sklaverei und des Kolonialismus muß differenzierter geführt werden als mit bloßen Schuldzuweisungen, wonach der Stärkere als der Gewalttätigere immer der Schuldige ist. Der Zusammenhang zwischen Rassismus und Terrorismus ist meines Erachtens noch gar nicht hinreichend geklärt. Terroristische Völker wurden im Laufe der Geschichte stets bekriegt, zu Kolonien gemacht, d.h. beaufsichtigt und in die Sklaverei geführt. Es gibt aber keine guten und keine bösen Völker. Daher ist im Zusammenhang mit Schuldzuweisungen stets besondere Zurückhaltung geboten. Denn wenn man nur lange genug recherchiert, dann sind diejenigen, die heute die Unterlegenen sind und um Schonung ihrer Finanzhaushalte betteln, in entfernt zurückliegender Vergangenheit, als die damals anderen Völkern Überlegenen, ähnlich tyrannisch mit diesen verfahren. Arabische Staaten müssen ehemaligen Kolonialmächten nicht ihre Missetaten vorwerfen, weil die Sklaverei im Orient, und auch der Islam läßt zu, daß Christen, da diese ja in ihren Augen Ungläubige sind, versklavt werden dürfen, uraltes Prinzip ist. Bevor es zum ersten Kreuzzug kam, welcher ja ein Befreiungsfeldzug gegen den Islam war, und gerade deswegen, haben moslemische Einwohner Jerusalems ihren christlichen Mitbewohnern lediglich auf falsche Anschuldigungen hin die Barthaare ausgerauft und ihnen unerhörte Frondienste aufgebürdet. Den islamischen Ländern sei also in bezug auf den Vorwurf der Versklavung und auch wegen ihrer menschenverachtenden Polygamie äußerstes Schweigen dringend angeraten. Den barbarischen Bräuchen schwarzafrikanischer Stämme, deren Vergewaltigungsritualen, die noch praktiziert wurden, als in Europa bereits jahrhundertlang die Aufklärung galt, muß nicht ausdrücklich Erwähnung getan werden, denn daß solche Völker die strafende Hand Gottes erfahren mußten, war mehr als gerecht. Und weil das geistige Rüstzeug solcher Völker, denn von Nationen kann man ja schlecht sprechen, in vergangenen Jahrhunderten nicht ausreichte, um uns, denn wir sind das Abendland, in militärischer Hinsicht Paroli zu bieten, sind noch längst nicht nur einseitige Vorwürfe erlaubt. Zum Ausgleich für das erlebte Dunkel der Sklaverei erhielten jene Völker, die heute die Hand wider uns erheben, das Licht der Zivilisation, und dessen sollten sie niemals vergessen. Was die kurze Zeitspanne deutscher Kolonialgeschichte anbelangt, so ist in diesem Zusammenhang mehr als rühmlich die vorbildliche Vorgehensweise des Deutschen Reiches im Umgang mit seinen Kolonien hervorzuheben, im Vergleich etwa zu anderen Kolonialmächten, so daß man beinahe versucht ist zu sagen: Was geht uns die ganze Sache von Sklaverei und Kolonialismus überhaupt an, und warum lassen wir uns da mit hineinziehen? Man braucht sich längstens einmal persönlich davon zu überzeugen, in welcher Weise Namibia, das ehemalige Deutsch-Südwestafrika, durch unaufhaltsame Förderung und Fördermittel insgesamt davon profitiert hat, jemals eine unserer Kolonien gewesen zu sein. Wenn also, wie eben typisch deutsch, deutsche Politiker sich in ihrer beinahe krankhaften Angewohnheit, übertrieben Humanität an den Tag zu legen, hinsichtlich der Anerkennung von Schuldzuweisungen wieder deutlich in den Vordergrund drängen, so sollten Sie entsprechend reagieren und diese Herrschaften nicht ein weiteres Mal wählen, schließlich ist es Ihr Geld, um das es dabei geht.

